Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Brandkatastrophe in der Gohrischer Heide im Sommer war nicht einfach nur ein Waldbrand – es könnte eine der **schwersten Naturkatastrophen** in der Geschichte unseres Freistaates gewesen sein.

Wir haben erlebt, **welche Schäden Waldbrände verursachen können.** Fast die *gesamte Gohrische Heide* wurde vernichtet. Nach Schätzungen des Landratsamtes sind insgesamt **2.400 Hektar** verbrannt. Mehr als 700 Einsatzkräfte – aus Feuerwehren, Technischem Hilfswerk, Bundeswehr und der Polizei kämpften mit Hubschraubern, Wasserwerfern und mehr – gegen die Flammen. Ausgehend von einem ehemaligen Truppenübungsplatz mit alter Munition im Boden eskalierte die Lage rasend schnell. **In kürzester Zeit verzehnfachte sich die Brandfläche.**

Dieses Ereignis hat uns vor Augen geführt, wie verwundbar unser Land gegenüber den Folgen des Klimawandels ist. Es war ein Weckruf, den wir nicht ignorieren dürfen.

Diese Katastrophe war kein unvorhersehbares Schicksal. Die Wissenschaft warnt uns seit Jahren genau vor solchen Szenarien. Und trotzdem wurden Haushaltsmittel für den Schutz unserer Bürger gekürzt. Es hat sich in der Krise schnell gezeigt, dass die Schutzstrukturen doch **nicht optimal vorbereitet** war: insbesondere bei Logistik, Verpflegung und Treibstoffversorgung gab es offenbar erhebliche Probleme. Und das, obwohl wir alle wissen, dass mit dem zunehmenden Klimarisiko eher *mehr* Ressourcen nötig wären, nicht weniger.

Symbolpolitik hilft jetzt nicht weiter. Was wir brauchen, ist eine lückenlose Aufarbeitung dieser Katastrophe. Aus genau diesem Grund haben wir – die BSW-Fraktion – heute diesen Antrag auf die Tagesordnung gesetzt:

„Berichterstattung zu den Folgen der Brandkatastrophe in der Gohrischer Heide 2025“.

Unser Antrag verfolgt ein klares Ziel: Wir brauchen eine systematische, lückenlose und **vollständige Aufarbeitung** der Ereignisse. Nur so können wir die **wahren und gesamten Folgen** dieser Katastrophe ermessen und verstehen. Und nur auf Grundlage eines solchen umfassenden Verstehens können wir die richtigen, weitsichtigen Schlüsse für die Zukunft ziehen – für die Zukunft unseres Landes, für die Sicherheit unserer Bevölkerung und für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass die Staatsregierung dem Sächsischen Landtag **bis zum 1. November 2025** einen detaillierten Bericht zu den Folgen der genannten Brandkatastrophe vorlegt. Dieser Bericht soll insbesondere die folgenden vier Punkte abdecken:

Erstens: eine **vollständige Bestandsaufnahme aller Schäden.** Wir müssen genau wissen, *was* beschädigt wurde und *bei wem*. Das gesamte Ausmaß der Zerstörung muss lückenlos erfasst werden. Das ist die **unabdingbare Basis** für jede weitere politische Entscheidung. Ohne eine detaillierte Schadensbilanz handeln wir blind.

Zweitens: die **vollständige Erfassung der Kosten und Aufwendungen** – und zwar auf allen Ebenen: in den Kommunen, im Land und beim Bund. Diese Katastrophe hat alle Ebenen unseres Gemeinwesens getroffen und enorme finanzielle Lasten verursacht. Evakuierungen, Notunterkünfte, psychosoziale Notfallbetreuung, Aufräumarbeiten, Ersatz für zerstörte Ausrüstung – all das kostet Geld. Wir müssen genau wissen, welche **Kosten** entstanden sind und **wer** sie trägt. Nur dann können Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen zielgenau geplant und die Lasten fair verteilt werden. Die Kommunen dürfen mit diesen

Kosten **nicht alleingelassen** werden! Wir brauchen Klarheit darüber, wer welche Aufwendungen schultern muss. Denn es geht um **Solidarität** in unserem Freistaat.

Drittens: eine **ehrliche Evaluation der Hilfsmaßnahmen** und des gesamten Krisenmanagements. Was hat gut funktioniert? Was kann besser laufen? Wir müssen aus den Erfahrungen der Betroffenen und der Helfer lernen, um unsere Handlungsfähigkeit bei künftigen Ereignissen – die leider zu erwarten sind – entscheidend zu verbessern. **Es geht um nichts Geringeres, als beim nächsten Mal noch besser vorbereitet zu sein, wenn uns das Schicksal wieder herausfordert.** Eine Katastrophe dieses Ausmaßes darf nicht unverarbeitet bleiben; wir müssen genau hinschauen, wo unser System versagt oder gestottert hat.

Viertens: wir müssen **Lehren für den künftigen Brand- und Katastrophenschutz** ziehen. Brauchen wir mehr Löschfahrzeuge? Beziehungsweise, die in den existierenden Konzepten benannten Fahrzeuge sollten endlich auch angeschafft werden! Bessere Ausrüstung? Mehr Personal? Andere Konzepte der Waldbrandbekämpfung, zum Beispiel angepasste Strategien auf ehemaligen Truppenübungsplätzen mit Munitionsbelastung? Engere Kooperationen mit dem Bund und mit Nachbarländern? Und welche präventiven Maßnahmen können solche Katastrophen von vornherein weniger wahrscheinlich machen? Dieser Bericht, den wir fordern, muss die Grundlage sein für einen breiten gesellschaftlichen und parlamentarischen Dialog über die zentrale Frage: **Wie machen wir Sachsen krisenfester?**

Unser Antrag fordert deshalb eine umfassende und systematische Berichterstattung durch die Staatsregierung bis zum 1. November 2025.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eines klar sagen: Es geht in unserem Anliegen **nicht um Schuldzuweisungen** oder darum, im Nachhinein Sündenböcke zu suchen. Im Gegenteil – wir haben allergrößten Respekt vor der Leistung der **Helfer** vor Ort, der Einsatzkräfte und auch der Mitarbeiter in den Behörden. Was sie geleistet haben, verdient unseren tiefen Dank. Unsere Aufgabe als Parlamentarier ist es jetzt, unserer **Verantwortung gerecht zu werden**: gemeinsam sicherzustellen, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger die Unterstützung bekommen, die sie so dringend brauchen; dass unsere Kommunen mit den finanziellen Lasten nicht alleine gelassen werden; und dass unsere Einsatzkräfte in Zukunft unter den bestmöglichen Bedingungen ihrer lebenswichtigen Arbeit nachgehen können.

Unser Antrag ist deshalb vor allem ein **Angebot** – ein Angebot zur Zusammenarbeit über alle Fraktionsgrenzen hinweg. Wir laden ausdrücklich **alle Fraktionen** in diesem Hohen Hause ein, sich an diesem so wichtigen Prozess der Aufarbeitung zu beteiligen. Lassen Sie uns **gemeinsam** nach den bestmöglichen Antworten suchen. Denn nur *gemeinsam*, nur mit gebündelten Kräften und **im Schulterschluss** können wir wirklich erreichen, dass der Freistaat Sachsen bestmöglich auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet ist.

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Waldbrand in der Gohrischer Heide war eine Katastrophe von beispiellosem Ausmaß. Ganze Dörfer mussten evakuiert werden, darunter ein Wohnheim für schwerstbehinderte Menschen. Noch Wochen später loderten Glutnester. Es war mehr als ein lokales Unglück – es war ein Alarmzeichen für ganz Sachsen.

Unser Antrag begehrt, dass die Staatsregierung nicht nur das Schadensbild darlegt, sondern auch offenlegt, welche Lehren für den Katastrophenschutz zu ziehen sind. Denn dieser Einsatz hat gravierende Schwächen gezeigt. Einsatzkräfte sprachen öffentlich von einem „Armutszeugnis für den Freistaat", weil Verpflegung und Treibstoff fehlten. Gleichzeitig sehen wir im Doppelhaushalt 2025/26 Kürzungen beim Brandschutz. Das passt nicht zusammen!

Nun hörte ich bereits das Gegenargument: Der Innenminister will ja im Innenausschuss berichten. Aber, meine Damen und Herren, ein Bericht im Ausschuss reicht nicht. Diese Katastrophe betrifft die gesamte Bevölkerung. Wenn tausende Hektar Natur verbrennen, Millionenverluste entstehen und über 700 Einsatzkräfte an ihre Grenzen gehen, dann muss die Aufarbeitung öffentlich im Parlament erfolgen. Alles andere wird dem Ausmaß nicht gerecht.

Und noch wichtiger: Was der Innenminister angekündigt hat, ist lediglich ein Lagebericht. Unser Antrag geht weiter. Wir fordern eine vollständige Schadensbilanz – von Wohnhäusern über Infrastruktur bis hin zur Landwirtschaft und zum Naturschutz. Wir fordern eine Übersicht der Kosten auf allen Ebenen, eine ehrliche Analyse des Krisenmanagements und klare Lehren für die Zukunft. Ein Lagebericht ist kein Aufarbeitungsbericht. Wer wirklich aus Fehlern lernen will, muss systematisch analysieren – nicht nur berichten.

Außerdem fehlt bisher die Einbindung derer, die mitten im Rauch standen: Feuerwehrleute, THW-Helfer, Ehrenamtliche. Sie wissen am besten, wo es gehakt hat. Unser Antrag stellt sicher, dass ihre Erfahrungen dokumentiert werden. Denn wenn wir diese Menschen nicht anhören, verschwenden wir wertvolles Wissen – und wiederholen im Zweifel die gleichen Fehler.

Ein mündlicher Bericht schafft auch keine Verbindlichkeit. Unser Antrag setzt eine klare Frist: Bis zum 1. November muss die Staatsregierung einen schriftlichen, umfassenden Bericht vorlegen. Das ist überprüfbar, nachlesbar und eine Grundlage für Entscheidungen. Alles andere bleibt unverbindlich. Wir brauchen Fakten, nicht lose Worte.

Und schließlich: Ein Bericht im Ausschuss entbindet das Parlament nicht von seiner Verantwortung. Ein Plenumsbericht zwingt uns alle, die politischen Konsequenzen zu diskutieren: die Kürzungen im Brandschutz, die Ausrüstungslücken unserer Feuerwehren, die fehlende Strategie für Klimarisiken. Diese Diskussion gehört ins Plenum – damit klar wird, wer bereit ist, an der Seite unserer Kommunen und Einsatzkräfte zu stehen und wer nicht. Sie gehört nicht ins politische Hinterzimmer.

Meine Damen und Herren, es geht auch um ein Signal an die Bevölkerung. Die Menschen in der Gohrischer Heide, die betroffenen Gemeinden und die Einsatzkräfte erwarten, dass ihr Landtag das Thema ernst nimmt. Ein Bericht hinter verschlossenen Türen schafft kein Vertrauen. Transparenz schafft Vertrauen – und darum ist unser Antrag richtig und notwendig.

Die Gohrischer Heide brennt nicht mehr – aber wenn wir nicht entschlossen handeln, dann steht das Vertrauen in unsere Vorsorgestrukturen in Flammen. Dieses Vertrauen droht zu verbrennen, wenn wir jetzt nicht die richtigen Schritte unternehmen.

Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

Vielen Dank.